



- Beschluss -

<i>Einbringer</i>	
Politik	Grit Wuschek

<i>Gremium</i>	<i>Sitzungsdatum</i>	<i>Ergebnis</i>
Bürgerschaft (BS)	05.06.2023	abgelehnt

**Prüfauftrag an die Stadt Greifswald, vertr. durch
Oberbürgermeister Dr. Fassbinder zur vorhandenen
sozialen und wirtschaftlichen Situation der Stadt
sowie die Erstellung eines ausführlichen
Integrationskonzeptes**

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Verwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird beauftragt, bis zum 30.06.2023 eine städtische Bestand- und derzeitige Kapazitätsanalyse durchzuführen.

Insoweit möge in Anbetracht der derzeitigen angespannten sozialen Situation geprüft werden:

- a) Anzahl der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen,
- b) Anzahl „Fallmanager“ zur Bearbeitung von Sozialleistungen,
- c) Wohnungsmarktsituation, freie Wohnungen, Grundstücke, Wartelisten,
- d) Anzahl Pflegedienste und pflegerischen Einrichtungen,
- e) Welche und wieviel Vereine, Unternehmen oder Dritte stehen zur Vermittlung der deutschen Sprache zur Integration von Geflüchteten zur Verfügung,
- f) Wie stellt sich die medizinische Versorgungssituation dar, Haus- und Fachärzte, Patientenneuaufnahme, Wartezeiten, Facharztterminen,
- g) Welche Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Kinder- und Jugendhilfebetreuung der Stadt zur Verfügung stehen inkl. derzeitigen Auslastung,
- h) Anzahl der im Jugendamt zur Verfügung stehenden Mitarbeitern,
- i) Anzahl der Firmen und Unternehmen in den Bereichen Essensversorgung und Sicherheitsdienste,
- j) Entwicklung der Einwohnerzahl der letzten 5 Jahre.

Bei der Prüfung und Kapazitätsanalyse ist die derzeitige Situation mit den tatsächlich vorhandenen freien Kapazitäten ausdrücklich zu berücksichtigen.

2. Der Oberbürgermeister Dr. Stefan Fassbinder der Universitäts- und Hansestadt wird beauftragt, anhand der obigen Ergebnisse sowie der bisherigen Erfahrungen in der Integration ein Integrationskonzept zu erstellen, welches Geflüchteten konkrete Ansprechpartner, Vereine etc. für einzelne Bereiche der Integration, wie medizinische und sozialarbeiterische Versorgung, Bewerbstellung von Ämterangelegenheiten, Dolmetscher etc. offerieren soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	mehrheitlich	einige



Egbert Liskow
Präsident der Bürgerschaft